

AKZENTE

Detmolder

Dezember 2019

Landrat Dr. Axel Lehmann präsentiert den „Ort der Kinderrechte“

Mehr dazu auf Seite 2



Finanzen stimmen in Lippe – umfangreiche Zukunftspläne für den Kreis

Mehr dazu auf Seite 2

Drei Jahre Smart Country Side – Kreise Lippe und Höxter als Vorreiter

Mehr dazu auf Seite 3

SPD-Ratsfraktion legt Nachhaltigkeitspapier vor

„Nachhaltige Stadtentwicklung ist eine Zukunftsaufgabe und eine Herausforderung für unsere Stadt“, so Fraktionsvorsitzender Harald Matz. Mit dem Klimaschutzkonzept setze die Stadt zusammen mit den Stadtwerken seit Jahren auf klimapolitische Maßnahmen (wie z. B. das neue Holzheizkraftwerk und der Wärmespeicherturm). Es gebe aber durchaus noch Verbesserungspotenzial.

Das Positionspapier und Handlungsprogramm im Einzelnen:

Kultur, Freizeit und Bildung

Die SPD fordert die Unterstützung von kulturellen Veranstaltungen in den Ortsteilen und die

Ausschreibung eines „Detmolder Zukunftspreises“.

Soziale Gerechtigkeit und zukunftsfähige Gesellschaft

Die SPD fordert die Verbesserung der Lebenssituation von obdachlos gewordenen Menschen und, im Hinblick auf die demographische Entwicklung, eine bessere soziale Teilhabe für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Klimaschutz und Energie

Die Stadt Detmold braucht ein neues Klimaschutzkonzept.

Mobilität

Die SPD hat bereits 2017 ein integriertes Verkehrskonzept

gefordert. Ziel ist, emissionsarme Verkehrsmittel, wie Bus und Bahn zu fördern. Aktuell beantragt die SPD eine Steigerung der Attraktivität des ÖPNV und des Fuß- und Radverkehrs (siehe gesonderten Artikel).

Wohnen

Ein attraktives, bedarfsgerechtes und bezahlbares Wohnungsangebot in einem lebenswerten Umfeld für alle Bevölkerungsschichten hat eine große Bedeutung für unsere Stadt. Wir befürchten einen Rückgang von Sozialwohnungen. Wir brauchen deshalb weitere und neue Sozialwohnungen. Darüber hinaus ist eine neue Wohnbaulandstrategie erforderlich, die es – neben der



Schließung von Baulücken – auch in Ortsteilen ermöglicht, weitere Wohnbauflächen zu schaffen.

Das vollständige Positionspapier „Detmold als „Global Nachhaltige Kommune“ ist unter www.spd-detmold.de abrufbar.

SPD will Hilker als Bürgermeister

Partei- und Fraktionsspitze nominieren den ersten Beigeordneten als Kandidaten

Nach über 15 Jahren erfolgreicher Arbeit hat Rainer Heller mitgeteilt, nicht für eine neue Wahlperiode zur Verfügung zu stehen.

Die SPD-Detmold hat großen Respekt vor dieser Entscheidung und so bedankt sich Andreas Kuhlmann, SPD-Stadtverbandsvorsitzender, „schon jetzt für die hervorragende und engagierte Arbeit, die Rainer Heller in den letzten Jahren für die Stadt Detmold geleistet hat. Er hat sich dabei auch die Anerkennung der gesamten Stadtgesellschaft

erarbeitet und galt und gilt daher als Bürgermeister, der immer auch den Ausgleich der Meinungen in der Stadt gesucht hat. Die SPD freut sich, dass sie mit Frank Hilker einen Bürgermeisterkandidaten vorstellen kann, der seit dem ersten Tag seiner Arbeit vor vier Jahren gezeigt hat, dass er für Detmold brennt und daher auch seit zwei Jahren in Detmold wohnt. Er ist ein überaus erfahrener und kenntnisreicher Kämmerer, der ebenso sein Herz für die Jugend-, Sozial-, Bildungs- und Seniorenarbeit



Bild: Kämmerer Frank Hilker

bewiesen hat. „Ich habe schon bei meiner Wahl zum Ersten Beigeordneten und Kämmerer im Jahre 2015 betont, dass ich mich über die Finanzen hinaus in weitere Zukunftsthemen der Stadt Detmold einbringen

werde“, begründet Hilker seine Kandidatur zum Bürgermeister. „Ich möchte Wohnen, Arbeiten und Leben in Detmold im Dialog mit der Bürgerschaft und den beteiligten Interessengruppen innovativ, kooperativ und nachhaltig weiterentwickeln. Es ist mir eine Herzensangelegenheit, die Aufgaben der Zukunft mit beschleunigten Innovationsprozessen voranzubringen.“ SPD-Fraktionsvorsitzender Harald Matz ergänzt: „Mit seiner erfolgreichen Arbeit hat sich Kämmerer Frank Hilker geradezu als Bürgermeisterkandidat empfohlen. Hilker ist als Hüter der Finanzen in schwierigen Zeiten gestartet. Dass der Haushalt heute wieder so gut dasteht, ist zum großen Teil sein Verdienst“, so Matz.

SPD Berlebeck stellt sich neu auf

Gut 10 Monate vor den Kommunalwahlen 2020 stellt sich der SPD-Ortsvereinsvorstand Berlebeck neu auf. Gleichzeitig nominiert die Ortsvereinsversammlung ihre Kandidaten für die kommende Kommunal- und die Landratswahl.

Die Geschicke des SPD-Ortsvereins Berlebeck liegen zukünftig mehrheitlich in weiblicher Hand. Nachdem Harald Matz, der den Ortsverein als Vorsitzender über viele Jahre maßgeblich prägte, erklärt hatte, er wolle die Geschicke des Ortsvereins gern in neue, jüngere Hände geben, wurde eine Neuorientierung notwendig. Harald Matz übergibt sein Amt an die bisherige Schriftführerin Brigitte Wegener.

Das vakant gewordene Amt der Schriftführerin wird zukünftig von Beate Herzke wahrgenommen, die den Ortsvereinsvorstand als neues und jüngstes Vorstandsmitglied bereichern wird. Die dritte Frau im Bunde ist Marianne Rosenhäger, die nach wie vor als stv. Vorsitzende fungiert.

Zum Vorstand gehören nach wie vor der langjährige Kassierer Karl-Heinz Welge und sein Stellvertreter Rainer Terp. Als Kandidaten für die Landratswahl benennt der Ortsverein einstimmig den jetzigen Amtsinhaber Axel Lehmann.

Als Kandidatin für die Kommunalwahl im Wahlbezirk Berlebeck/Schling wird anstelle von



Bild: Beate Herzke, Harald Matz, Brigitte Wegener, Karl-Heinz Welge und Marianne Rosenhäger

Harald Matz Brigitte Wegener nominiert. Sie fungiert bereits seit einigen Jahren als seine persönliche Stellvertreterin. Für das Jahr 2020 sind einige Veranstaltungen bereits terminiert. Das Jahr startet mit einem Grünkohlessen gemeinsam mit dem SPD-Ortsverein Heiligenkir-

chen am 29. Januar im Hotel Kanne. Am 8. März wird der alljährliche Neujahrsempfang in den Räumen der AWO Berlebeck stattfinden. Dann werden der Landrat Axel Lehmann und der Bürgermeisterkandidat Frank Hilker als Referenten erwartet.



Liebe Leser*innen,

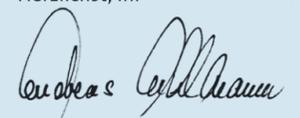
Dezember, Advent, Weihnachten – und das neue Jahr 2020 ist in Sichtweite.

2020 wird wieder spannend, die Vorboten der Kommunalwahl sind bereits wahrnehmbar. Die SPD Detmold bedankt sich bei unserem gleichermaßen beliebten wie erfolgreichen Bürgermeister Rainer Heller für nunmehr

über 15 Jahre konstruktiven Wirkens für Detmold und seine Bürger*innen! Zugleich freuen wir uns, mit Frank Hilker einen erfahrenen Nachfolger präsentieren zu können, der als 1. Beigeordneter dem Bürgermeister in den letzten Jahren kompetent zur Seite stand und steht!

Heute werden wir Sie ein letztes Mal in diesem Jahr über Wichtiges informieren, Ihnen dazu von Herzen ein paar ruhige Weihnachtstage, einen Guten Rutsch und ein wunderbares Jahr 2020 wünschen!

Herzlichst, Ihr


Andreas Kuhlmann,
Stadtverbandsvorsitzender



Steigerung der Attraktivität des ÖPNV

Für die SPD-Ratsfraktion ist der „Öffentliche Personennahverkehr“ eine klimafreundliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr. Deshalb soll der ÖPNV noch attraktiver werden, auch um vorhandene Probleme (Parken und Verkehrsbelastungen) entschärfen zu können.

Das kann aber nur gelingen, wenn erweiterte Angebote mit entsprechender Qualität geschaffen und eingeführt werden. Dazu gehört für uns die Ausweitung der Betriebszeiten, damit z. B. ArbeitnehmerInnen auch schon

zur Frühschicht ihren Arbeitsplatz im Stadtverkehr mit dem ÖPNV erreichen können. Ziel ist mindestens ein 30-Minutentakt auf allen Linien, die im Stadtverkehr fahren.

SPD
DETMOLD

Felix-Fechenbach-Preis an Gedenkbuch für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

Kreis Lippe. Bereits im Frühjahr hat die Felix-Fechenbach-Stiftung den diesjährigen Fechenbach-Preis öffentlich ausgeschrieben. Jetzt wurde die Gewinnerin bei einer Preisverleihung in Detmold, vor rund 60 geladenen Gästen, ausgezeichnet. Preisträgerin ist Gudrun Mitschke-Buchholz für die Anfertigung und Pflege eines Digitalen Gedenkbuches für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Detmold.

Die Detmolderin Gudrun Mitschke-Buchholz zeigt in ihrem Digitalen Gedenkbuch die biographischen Daten von mehr als 170 Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus Detmold. Darunter

befindet sich natürlich auch der Namensgeber unserer Stiftung, Felix Fechenbach. Er war eines der ersten Opfer der Nationalsozialisten aus Detmold. Und noch viele sollten ihm folgen. Dr. Bärbel Sunderbrink, Leiterin des Stadtarchivs Detmold, hielt die Festrede der Preisverleihung. Thema war dabei Felix Fechenbach und seine Bedeutung aus historischer Sichtweise. In seiner Laudatio dankte der Geschäftsführer der Stiftung, Dr. Dennis Maelzer, der Preisträgerin für ihre wichtige Arbeit. „Die Leserinnen und Leser können etwas über den Lebensweg und über das Schicksal dieser Menschen erfahren, die Hass und Willkür der Herrschenden nicht

überlebt haben. Die Autorin macht uns durch ihre Dokumentation ein Bild der Opfer. Sie lädt uns dadurch dazu ein, die Perspektive dieser Menschen einzunehmen, sie im wahrsten Sinne des Wortes im Blick zu behalten“, so Maelzer in seiner Rede. Während ihrer Dankesrede zeigte die Preisträgerin ihre Arbeit in einer Präsentation. Die Onlinefassung des Gedenkbuches bietet durch die digitalen Informationsmöglichkeiten einer großen Öffentlichkeit den Zugang zu Dokumenten der Detmolder Verfolgten und Ermordeten der NS-Gewaltherrschaft. Durch die Digitalisierung können neue Erkenntnisse jederzeit abgerufen werden. Das Preisgeld, des mit 750 Euro dotierten Preises möchte die Historikerin für die weitere Arbeit und den Erhalt des Gedenkbuches nutzen. Mit der Verleihung des

Felix-Fechenbach-Preises erinnert die Stiftung an den jüdischen Sozialdemokraten Felix Fechenbach. Dieser galt als mutiger Streiter für Frieden und Demokratie. Als Sozialdemokrat, Jude, Journalist und Pazifist bezog er eindeutig Stellung gegen die aufkommende Nazi-Bewegung.



Foto (v.l.): Rainer Brinkmann (Mitgründer der Felix-Fechenbach-Stiftung), Dr. Bärbel Sunderbrink (Leiterin des Stadtarchivs Detmold), Gudrun Mitschke-Buchholz (Preisträgerin), Dr. Dennis Maelzer (Geschäftsführung Felix-Fechenbach-Stiftung)



Alternative zu fossilen Brennstoffen Veranstaltung stellt Vorteile des Wasserstoffes vor

Längst sind Benzin und Diesel nicht mehr alternativlos. Klimafreundliche Brennstoffe werden zunehmend beliebter und sind gefragt. Bei der Informationsveranstaltung „Wasserstoff – Kraftstoff der Zukunft? Wirtschaftliche Potenziale für Unternehmen und Mobilitätsdienstleistungen“ haben nun Fachleute Chancen und Vorteile des Wasserstoffes vorgestellt.

Über 80 Teilnehmer verfolgten die vom Kreis Lippe und der Industrie- und Handelskammer Lippe zu Detmold in Kooperation mit der EnergieAgentur.NRW organisierte Veranstaltung. „Im Zukunftskonzept Lippe 2025 ist unter anderem die Förderung von postfossiler Mobilität fest verankert. Im Austausch mit Unternehmen und Transportdienstleistern wollen wir den Einsatz von Wasserstoff bekannter machen und Mobilität klimaschonend gestalten“, erklärt Landrat Dr. Axel Lehmann bei der Eröffnung.

„Wasserstoff kann zu einem der zentralen Bausteine der Energie- und Verkehrswende werden“, ist Matthias Carl, stellvertretender Geschäftsführer bei der IHK Lippe, überzeugt. Wasserstoff habe mehrere Vorteile, so Carl weiter: Er lasse sich erneuerbar herstellen und anschließend speichern. Derzeit steht die Elektromobilität im Mittelpunkt der klimaneutralen Mobilität. Uwe Hofer, Klima-Netzwerker der Energie-Agentur.NRW, sieht aber ein klares Potenzial für die Nutzung von Wasserstoff: „Firmenflotten und einige betriebliche Mobili-

tätsbedürfnisse stellen Anforderungen, die zum Beispiel mit einer Energiespeicherung in Fahrzellen ökologisch und ökonomisch nicht attraktiv scheinen. Hier schlagen Wasserstoff und biogene Kraftstoffe die Brücke.“ Wasserstoff stellt gerade für Nutzfahrzeuge oder den ÖPNV eine gute Alternative dar.

Aber warum fristen dann Wasserstoffautos immer noch ein Nischendasein? Zurzeit gibt es noch keine ausreichende Infrastruktur in Deutschland – den Nutzern stehen erst rund 80 Tankstellen zur Verfügung. Im Umkehrschluss ist die Nachfrage nach Wasserstoffautos noch gering und die Preise hoch. Der Kreis Lippe will daher mit der Stadt Bielefeld und dem Kreis Minden-Lübbecke zu einer Wasserstoffmodellregion werden. „Lippe bietet durch das Angebot an erneuerbaren Energien optimale Voraussetzungen zur Herstellung von Wasserstoff. Um die gesamte Wertschöpfungskette abbilden zu können, brauchen wir jedoch die Mitwirkung von Unternehmen und Dienstleistern. Die Veranstaltung hat gezeigt, dass diese Bereitschaft besteht“, fasst Dr. Ute Röder, Fachbereichsleiterin Umwelt und Energie, zusammen.

Tauschten sich über die Vorteile und Chancen des Wasserstoffes aus: Orlík Meyer (Fachgebietsleiter Immissionsschutz Klimaschutz und Energie), Achim Oberwörmeier (Vorsitzender Verkehrsausschuss IHK Lippe), Matthias Carl, Dr. Ute Röder, Dr. Axel Lehmann, Falk Schulte-Wintrop und Uwe Hofer (v.l.).

Finanzen stimmen in Lippe

In der Haushaltsrede des lippischen Landrats Axel Lehmann wurde deutlich, dass der Landrat umfangreiche Zukunftspläne für den Kreis hat. Im Mittelpunkt steht dabei nach wie vor das Zukunftskonzept 2025.

Mit dem Haushalt für 2020 möchte der Landrat, den in den letzten Jahren eingeschlagenen Weg weiter fortsetzen. Mit einem vorgestellten Finanzvolumen von rund 510 Millionen Euro bietet der Etat zum einen eine solide Basis, um die Zukunft des Kreis Lippe aktiv und modern zu gestalten und zeitgleich alle bestehenden Pflichtaufgaben erfüllen zu können. Dabei gibt es eine gerechte Verteilung der Kosten zwischen Kreis und Kommunen. Sozialdemokratin Ilka Kottmann ist Mitglied im Finanz- und Personalausschuss des Kreises. Für sie ist es Landrat Lehmann zu verdanken, dass aus einem Sammelsurium von Ideen konkrete Zukunftspläne für einen modernen, wirtschaftlich soliden und lebenswerten Kreis Lippe geworden sind. „Wie

können wir unseren ländlichen Raum zukunftsfähig, wirtschaftlich interessant und innovativ gestalten? Auf diese Fragen hat unser Landrat sehr gute und umsetzbare Antworten gefunden. Gesundheit, Mobilität, Digitalisierung, Klimaschutz oder Bildung sind nur einige Themen, die das Zukunftskonzept 2025 aufgreift. Mit einer soliden Finanzplanung und konkreten Konzepten bringt Axel Lehmann unseren Kreis Lippe stetig weiter voran und das ist zum Vorteil aller Lipperinnen und Lipper“, sagt Kottmann.

Ein Beispiel dafür ist das Mobilitätskonzept. In diesem Jahr wurden ein preiswertes Sozialticket und ein sogenanntes „Jedermann-Ticket“ für die ÖPNV-Nutzung eingeführt. An einem günstigen und attraktiven ÖPNV soll aber mit Nachdruck weitergearbeitet werden. Nächstes Ziel ist die Abschaffung der 9:00 Uhr-Grenze beim Jedermann-Ticket. Ab Januar 2020 wird eine Schnellbuslinie zwischen Lemgo – Blomberg – Schieder – Lügde – Bad Pyrmont an den Start gehen.



Die SPD Kreistagsfraktion arbeitete zwei Tage an dem Haushaltsplan 2020.

Darüber hinaus wird es auch eine Schnellbuslinie zwischen Detmold und Blomberg geben. In Detmold, Lage, Horn-Bad Meinberg und Lügde plant der Kreis die Errichtung von sechs Mobilstationen. Ein weiteres Aushängeschild ist für Kottmann die Schaffung eines Sozialen Arbeitsmarktes. Mit dem im letzten Jahr beschlossenen Konzept zum Sozialen Arbeitsmarkt sollen Langzeitarbeitslose endlich wieder eine Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Die für das Jahr 2019 geplanten 100 Stellen im Bereich des Sozialen Arbeitsmarktes konnten bereits Ende Oktober übertroffen werden. Bisher konnten schon 112 Personen in eine Stelle im Bereich des Sozialen Arbeitsmarktes vermittelt werden. Für das Jahr 2020 will der Kreis insgesamt 200 weitere Stellen fördern. „Hier erhalten Menschen, die seit vielen Jahren langzeitarbeitslos sind, jetzt endlich wieder eine Chance

auf dem Arbeitsmarkt. Für alle Menschen ist Arbeit wichtig. Denn jeder braucht Geld um leben können. Arbeit bedeutet aber auch gesellschaftliche Anerkennung und bietet soziale Kontakte; kurzum sie ermöglicht Teilhabe“, so Ilka Kottmann. Für die SPD geht es jetzt darum, weitere Akzente zu setzen. Sie will das Azubi-Ticket fördern, die Solarstromerzeugung auch für Mieter ermöglichen, eine kreisweite Wohnungsbaugenossenschaft gründen und die Zahl der Zufahrten zwischen Bielefeld und Lippe verdoppeln. „Mit der kreisweiten Wohnungsbaugenossenschaft wollen wir den sozialen Wohnungsbau fördern, Möglichkeiten für neue Wohnformen schaffen, Schrottimobilien vermeiden und Lippern die Chance geben, ihr Geld sinnvoll und gut anzulegen“, bekräftigt der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Henning Welslau.



Landrat Dr. Axel Lehmann präsentiert den „Ort der Kinderrechte“ –

Fachkräfte informieren sich bei Kinderschutzforum

Der Kreis Lippe schafft einen „Ort der Kinderrechte“. Das erklärte Landrat Dr. Axel Lehmann zum Abschluss des siebten Kinderschutzforums im Kreishaus. Johannes-Wilhelm Röhrig, unabhängiger Beauftragter der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, übernimmt die Schirmherrschaft über das Projekt.

„Unter dem Arbeitstitel ‚Ort der Kinderrechte‘ sind jetzt die Kinder und Jugendlichen gefragt. Denn zusammen mit dem kreativen Nachwuchs wollen wir an einem Ort in Lippe die Kinderrechte sichtbar machen. Ich kann mir gut eine Umsetzung in Blomberg vorstellen und im Park in der Nähe des Jugendzentrums verschiedene Stationen anbieten“, erläuterte Landrat Dr.

Lehmann. Ein Ort für kleine und große Leute soll entstehen, an dem diese spielerisch die wichtigsten Kinderrechte kennenlernen können und ihr Wissen erweitern können. Dies soll, ähnlich wie bei einem Trimm-dich-Pfad, allein, mit der Familie oder Freunden möglich sein. Kitas, Schulen und andere Institutionen aus ganz Lippe können den „Ort der Kinderrechte“ für Ausflüge und Projekte zum Thema Kinderrechte nutzen.

Wichtig für die Akzeptanz wird eine ansprechende Gestaltung der Stationen sein. Daher sollen Kinder und Jugendliche aus Lippe bereits bei der Entwicklung der Stationen sowie des endgültigen Namens beteiligt werden. In einem Wettbewerbsformat können sie ihre Wünsche und

Ideen einbringen: Unterstützt durch pädagogische Fachkräfte und regionale Kunstschaffende können die Kinder und Jugendlichen, zusammen mit ihrer Kita, einer Grundschule, den weiterführenden Schulen oder einem Jugendzentrum, Vorschläge einreichen. Eine Jury wird anschließend eine Auswahl treffen, welche Ideen umgesetzt werden. Mitte Januar ist eine Veranstaltung geplant, um über die Wettbewerbs-Kriterien und die Möglichkeit zur Umsetzung in Institutionen zu informieren. Dann sind die Akteure gefragt, ihre Ideen zu erarbeiten. Im Frühjahr entscheidet eine Jury, welche Stationen für den „Ort der Kinderrechte“ umgesetzt werden. Informationen sind veröffentlicht unter www.kreis-lippe.de/Ort-der-Kinderrechte.

Die Veranstaltung prägte der Blick in die Zukunft unter der Fragestellung, wie Kinder besser geschützt werden können. Beim Kinderschutzforum haben Fachkräfte, die mit Kindern und Jugendlichen in Kitas, Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen, Jugendämtern oder Beratungsstellen arbeiten, vielseitige Informationen dazu erhalten. Die Vorträge und die Podiumsdiskussion fokussierte sich darauf, wie es gelingen kann, sexualisierte Gewalt zu erkennen und Missbrauchsoffer zu schützen.

Das Kinderschutzforum qualifiziert Fachkräfte anhand von fachlichen Vorträgen und der Möglichkeit für den kollegialen Austausch. Ein Höhepunkt der aktuellen Auflage war der Vortrag von Johannes-Wilhelm Röhrig, unabhängiger Beauftragter der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs. „Es ist schmerzhaft zu sagen, aber auch im Jahr 2019, fast 10 Jahre nach dem sogenannten Missbrauchsskandal in Deutschland, ist sexuelle Gewalt für viele tausende Mädchen und Jungen noch immer trauriger Alltag. In Familien, durch Gleichaltrige oder die Nutzung digitaler Medien. Studien zeigen deutlich, dass die Folgen von sexueller Gewalt

in der Kindheit umso schwerer sind, je häufiger Missbrauch stattfand, je länger der Zeitraum war und je vertrauter Täterinnen und Täter dem Kind sind. Viel zu oft werden Hilferufe von betroffenen Kindern und Jugendlichen nicht wahrgenommen, viel zu oft bleiben Kinder mit der Erfahrung allein. Um Missbrauch zu beenden, kommt pädagogischen Fachkräften eine enorm wichtige Rolle zu. Wir müssen erreichen, dass sie sensibilisiert sind, dass ihnen auffällt, wenn Kinder und Jugendliche sich plötzlich verändern, sich merkwürdig verhalten oder bedrückt wirken. Pädagogische Fachkräfte müssen lernen, den Mut aufzubringen, nachzufragen und Brücken zum Kind zu bauen. Über Grenzverletzungen, sexuelle Übergriffe und sexuelle Gewalt muss, insbesondere an Schulen, offen gesprochen und dazu aufgeklärt werden. Die allgemeine Sprachlosigkeit muss überwunden werden“, erklärt Johannes-Wilhelm Röhrig.

Das Netzwerk Frühe Hilfen und Kinderschutz organisierte jetzt das siebte Kinderschutzforum für die Fachkräfte im Kreis Lippe. Das Forum soll seit jeher informieren, sensibilisieren, motivieren und aktivieren. Die Teilnehmenden können sich mit

Themen rund um den Kinderschutz auseinandersetzen, Neues erfahren oder Kontakte knüpfen.



Foto: Dr. Axel Lehmann

„Zum Schutz von Kindern braucht es wachsame pädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte, Fachkräfte der Jugendhilfe sowie Fachleute im Gesundheitswesen. Wir wollen den Austausch zwischen den Disziplinen immer weiterentwickeln. Das Thema ‚Familie‘ ist bereits ein Bestandteil des Zukunftskonzeptes Lippe 2025 und soll um das Thema ‚Kinderschutz‘ erweitert werden“, erklärt Landrat Dr. Axel Lehmann. Verschiedene Maßnahmen für den Kinderschutz finden sich im neuen Handlungsfeld „Kinder schützen: Präventionskonzepte ausbauen und Qualität sichern“ wieder. Der Vorschlag, das Zukunftskonzept zu erweitern, wird in die politische Beratung eingebracht.



Drei Jahre Smart Country Side – Kreise Lippe und Höxter als Vorreiter

Das Dorf hat Zukunft und das hat viele Gründe, denn dörflicher Zusammenhalt und eine starke Kultur, sich zu engagieren, sorgen für ein soziales Miteinander. Gleichwohl stehen ländliche Räume wie die Kreise Lippe und Höxter vor besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen, um ihre Zukunft zu sichern. Die Digitalisierung bietet hierbei große Chancen, strukturelle Defizite auszugleichen und die Lebensqualität gerade in Dörfern zu erhöhen.

Genau hier hat vor drei Jahren das Projekt Smart Country Side (SCS) angesetzt. Bedarfsgerechte und nutzerfreundliche Lösungen waren gefragt, bei deren Ausarbeitung und Anwendung die Bürger vor Ort frühzeitig eingebunden waren. Dass dies gelungen ist, zeigten die Verantwortlichen in einer gemeinsamen Abschlussveranstaltung am 16. Oktober 2019 in Brakelsiek.

„Wir haben es geschafft, mit dem Projekt gezielt neue Impulse für das Leben in unseren Dörfern zu setzen und sind stolz auf die Ergebnisse, die wir gemeinsam mit den Ehrenamtlichen erreicht haben“, berichtete der Landrat des Kreises Lippe, Dr. Axel Lehmann in seinem Grußwort. „Durch Smart Country Side ist es uns gelungen, deutschlandweit als Vorreiter vorwegzugehen“. Nicht nur für die 25 beteiligten Ortschaften ist das Projekt ein Gewinn: „Durch die modellhafte Entwicklung von Lösungen kann deutschlandweit der ländlichen Raum von den Ergebnissen profitieren“, freute sich auch der Landrat des Kreises Höxter, Friedhelm Spieker über den Erfolg des Leuchtturmsprojekts.

Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen wurden in der Abschlussveranstaltung öffentlich

präsentiert. Dass gerade Digitalisierung und soziale Innovationen dabei helfen können, ländlich geprägte Räume lebenswert und zukunftsfähig zu gestalten, zeigte auch Dr. Ariane Sept vom Leibniz-Institut für raumbezogene Sozialforschung (IRS) in ihrem Impulsvortrag auf. Die Projektergebnisse von Smart Country Side konkretisieren diesen Ansatz. So wurden in allen Modelldörfern erfolgreich der „DorfFunk“ und die Dorf – beziehungsweise Gemeindegewebseiten eingeführt. Dabei soll die DorfFunk-App die dörfliche Gemeinschaft unterstützen und helfen, die Kommunikation im Dorf zu fördern.

Im Projekt Smart Country Side wurde viel erreicht

Mittels bedarfsgerechter Medienausstattungen, beispielweise Smart Panel, Laptop, Beamer oder Tablets, wurde die technische Grundlage für weitere Umsetzungsprojekte im Kreis Lippe gelegt. Damit beispielsweise der lippische Modellort Bega in der Jugendarbeit neue Wege gehen kann, wurde eine Drohne angeschafft. Jugendliche sollen sich durch gemeinsames Engagement und Freude an der Technik wieder für das Dorfleben begeistern und engagieren. Generationsübergreifend folgen nun spannende Videos aus der Vogelperspektive.

In Lipperreihe ist es möglich, sich im AWO Begegnungszentrum „Strate Haus“ in Sachen digitaler Kompetenz weiterzubilden. Die Bürgerschaft hat dafür in Eigeninitiative ein Weiterbildungskonzept getreu dem Motto „Dialog trifft Digital ganz lokal“ entwickelt. Dabei findet die Kombination aus analogem Austausch in einer Gruppe und dem gemeinsamen digitalen Lernen hohen Anklang bei den Teilnehmern. Daraufhin wurde neben dieser

Gruppenarbeit bereits mit dem „App-Café“ ein weiteres regelmäßiges Format entwickelt, bei dem der generationsübergreifende Austausch im Vordergrund steht. Im Kreis Höxter wurden zusätzlich zur Einführung von DorfPages und DorfFunk weitere neun digitale Anwendungen von engagierten Bürgern aus 16 SCS-Modellorten entwickelt und erprobt. Dazu zählt beispielsweise der innovative „digitale Dorf-Hilferuf“, der Nachbarschaftshilfe auch digital ermöglicht, oder die Plattform „Kirche digital“, die Pfarrbriefe, 360 Grad-Kirchenansichten und Tageslosungen sowie Gruppen-Chats von Messdienern und Firmlingen ermöglicht.

Zu neuen Anwendungen im Kreis Höxter gehört auch eine „Immobilien-Plattform“, die Neubürger im Dorf über die Online-Bereitstellung von hilfreichen Tipps zu ortsansässigen Handwerkern und möglichen Fördermitteln sowie über themenbezogenen Gruppen-Chats in der Bauphase digital begleitet und so schnell in das Dorfgeschehen integriert.

Weitere Umsetzungsprojekte in Kooperation mit der Caritas Deutschland ist beispielsweise die Plattform „Das Sorgende Dorf“, mit der bestehende analoge Hilfsangebote für Menschen digital ergänzt werden sowie die „Smarte Bürgerhalle“, die es drei Dörfern ermöglicht, Licht, Heizung, Jalousien, Medien und Verbrauche digital zu steuern und so Kosten zu sparen.

Zudem wurden im Kreis Höxter 18 Monate lang 140 Dorf-Digital-Experten ausgebildet und in den betreffenden Modellorten digitale Klassenzimmer eingerichtet, in denen nun selbst organisiert gut nachgefragte Kurse für die Dorfgemeinschaften stattfinden. Dieses Umsetzungsprojekt wurde

Foto: Zwei Landräte, mehrere Bürgermeister und Vertreter vieler Dörfer waren sich bei der Abschlussveranstaltung sicher: Die Förderung des digitalen Lebens in den Dörfern muss weitergehen.

im Dezember 2018 mit dem Innovationspreis des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung ausgezeichnet.

Bei der Abschlussveranstaltung kamen alle Akteure zusammen

Dr. Agnes Kriszan vom Zukunftszentrum Holzminden-Höxter stellte die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluierung vor und erläuterte die acht formulierten Empfehlungen, die andere ländliche Regionen als Leitfaden für ihren eigenen Digitalisierungsprozess nutzen können. Diese und alle weiteren Erfahrungen sind in der Abschlussbroschüre „Projekt-ergebnisse und Handlungsleitfaden“ aufgegriffen worden. Felix Matzke vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung ergänzte die wissenschaftliche Betrachtung des Projektprozesses von Smart Country Side um einen europäischen Vergleich und stellte die Ergebnisse der internationalen RELOCAL-Studie vor.

Über die Aspekte der unterschiedlichen Programmpunkte tauschten sich Vertreter aus Modelldörfern, Politik, Verwaltung und Kooperationspartnern in kurzen Podiumsdiskussionen aus und reflektierten somit die Relevanz vom Smart Country Side.

„Wir sind stolz, dass wir nun anderen Kreisen und Regionen einen Einblick in unsere Erfahrungen geben können“, zog Landrat Friedhelm Spieker am Ende der Veranstaltung ein positives Fazit. „In beiden Kreisen ist es uns gelungen, die Projektidee in einen langfristigen Prozess zu überführen und somit die Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Dies ist ein Erfolg für alle Beteiligten“.

Beide Landräte dankten abschließend den Fördermitelgebern für die Stärkung des ländlichen Raums durch dieses Vorzeigeprojekt. Smart Country Side ist ein mit Mitteln aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) gefördertes Kooperationsprojekt der Kreise Lippe und Höxter und eines von zehn Projekten des Handlungskonzeptes „OWL 4.0“.

Die Abschlussbroschüre kann heruntergeladen werden unter: www.innovation-land-lab.de

Große Enttäuschung für Lippe

Landesregierung lässt den Kreis bei Landesstraßenbau weitestgehend hinter rüber fallen

Kreis Lippe. Der Entwurf der Landesregierung sieht ein Finanzvolumen für den Landesstraßenbau von 52 Millionen Euro, für das Jahr 2020, vor.

Die lippischen Landesstraßen werden von der derzeitigen Schwarz-gelben Landesregierung nur mit einem Projekt bedacht. Lediglich die L 712/L 751 in Bad Salzuflen, erhält Fördermaßnahmen in Höhe von ca. 350.000 Euro vom Landesstraßenbau.

Die lippischen Landtagsabgeordneten der SPD kritisieren, dass aus Düsseldorf eine wenig ambitionierte Summe nach Lippe fließen werde. Jürgen Berghahn, Dr. Dennis Maelzer und Ellen Stock sagen dazu: „Die Nachricht ist für den Kreis Lippe eine große Enttäuschung. Die finanziellen Zuwendungen aus Düsseldorf treffen in Lippe nur eine Landesstraße, das ist definitiv zu wenig.“

Wenn man dann noch genauer hinsieht, wird deutlich, dass im nächsten Jahr noch nicht einmal mit dem Beginn eines Ausbaus des Knotenpunktes im Bereich Ostwestfalenstraße und Oerlinghauser Straße stattfinden wird. Ellen Stock, zu deren Wahlkreis

Bad Salzuflen gehört, sagt dazu: „Bevor auch nur ein Straßenbaufahrzeug anrollen wird, müssen erst einmal in einem erheblichen Umfang Grundstücks, bzw. Landschaftsankäufe von dem zur Verfügung stehenden Geld getätigt werden. Davor passiert bautechnisch überhaupt nichts. Daher ist auch nicht davon auszugehen, dass im nächsten Jahr eine Baumaßnahme an der Stelle startet. Hierbei handelt es sich um einen wichtigen und vielbefahrenen Verkehrsknotenpunkt in Lippe, darum ist das natürlich mehr als bitter.“

Die Landesregierung hatte vor der Wahl mehr Investitionen in den Landesstraßenbau und die Sanierung der Landesstraßen versprochen. Davon käme allerdings nur wenig an, bemängeln die lippischen SPD-Abgeordneten. „Die Planungs- und Baukapazitäten werden eher für Bundesstraßen und Autobahnen verwendet. Spannend in dem Zusammenhang dürfte dann auch das Landesstraßenbauprogramm 2020 sein, in dem die Straßensanierungen benannt werden. Da fehlt allerdings noch jede Aussage“, so Berghahn, Stock und Maelzer.



KiBiz ist Mumpitz

SPD-Landtagsfraktion diskutiert über Kinderbildungsgesetz

Im Juli hat die NRW-Landesregierung den Gesetzentwurf zur Novellierung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) in den Landtag eingebracht. Zeitgleich wurden mehr als 80.000 Protestunterschriften gegen die Pläne der Landesregierung eingereicht. Auch die SPD kritisiert den Gesetzentwurf massiv.

Für die Landtagsfraktion bleibt das Gesetz weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Wo die Probleme liegen, darüber diskutierte jetzt die SPD-Landtagsfraktion gemeinsam mit Erzieher*innen in Blomberg. Als heimischer Landtagsabgeordneter hatte Jürgen Berghahn zu einem Diskussionsabend, nach Blomberg, eingeladen. Als Experten waren Bärbel Happ (Leiterin / Familienzentrum

Abakus) Karl-Eitel John (Sozialdezernent beim Kreis Lippe) und Dr. Dennis Maelzer (Familienpolitischer Sprecher SPD-Landtagsfraktion NRW) an dem Abend vor Ort.

In seinem Eingangsstatement sprach Berghahn davon, dass Kitas endlich eine auskömmliche Finanzierung, Qualitätsförderung mit besseren Standards und bedarfsgerechte Buchungsoptionen für die Eltern brauchen. Außerdem müsse man endlich zu einer festen Einrichtungsfinanzierung in Form eines Sockels kommen. Die SPD mache sich für diese Verbesserungen seit langem im Landtag stark. Dass nun vorgelegte Gesetz der Landesregierung greife diese

wichtigen Dinge aber entweder gar nicht oder völlig unzureichend auf. „Alle Fachleute sind sich einig, dass mit dem im vorgelegten Gesetzentwurf keine grundlegende Reform des KiBiz erfolgt. An der Kindpauschale wird festgehalten, obwohl sie die völlig falsche Grundlage für die Finanzierung der frühkindlichen Bildung ist. Sie lassen alle Beteiligten im Unklaren: Träger in der Planungssicherheit, Erzieher*innen in ihrer persönlichen Planung und Familien in der Frage des Betreuungsplatzes. Gelder fließen erst mit abgeschlossenem Betreuungsvertrag. Damit herrscht aber in der Einrichtung lange Zeit Unklarheit über die Finanzierung des nächsten Kitajahres“, berichtet Dennis Maelzer.

Auch die Erzieher*innen vor Ort sind mit dem Gesetzentwurf unzufrieden. Bärbel Happ vom Familienzentrum Abakus in Dörentrup verwies darauf, dass ein neues Finanzierungssystem die Qualität und Planungssicherheit in Kitas steigern könne, diese Chance werde aber mit dem neuen Gesetz vertan.

Foto (v.l.) Diese Experten kritisieren das neue Kinderbildungsgesetz. Karl-Eitel John (Sozialdezernent beim Kreis Lippe), Bärbel Happ (Leiterin / Familienzentrum Abakus), Dr. Dennis Maelzer (Familienpolitischer Sprecher SPD-Landtagsfraktion NRW) und Jürgen Berghahn (SPD-Landtagsabgeordneter)

Kommunen gehen bei Integrationspauschale leer aus

Wortbruch der Landesregierung von CDU und FDP bei der Integrationspauschale kostet lippische Kommunen knapp 2,9 Millionen Euro

Der Bundestag hat jüngst die Fortsetzung der Integrationspauschale für 2020 und 2021 beschlossen. Dies bedeutet für NRW in 2020 insgesamt 151 Millionen Euro.

Die Landesregierung weigert sich allerdings, dieses Geld an die Städte und Gemeinden weiterzugeben. Sie gefährdet damit die erfolgreiche Integrationsarbeit vor Ort.

Obwohl die Kommunalen Spitzenverbände auch eine Weiterleitung fordern, haben

CDU und FDP einen entsprechenden Antrag im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt. Dadurch entgehen den lippischen Städten und Gemeinden überschlüssig gerechnet für 2020 rund 2,9 Millionen Euro.

Die lippischen SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Jürgen Berghahn und Dr. Dennis Maelzer kritisieren die Vorgehensweise der Landesregierung. „Durch das Vorgehen von CDU und FDP entgehen den Städten und Gemeinden 151 Millionen Euro. Dass die schwarz-gelbe

Landesregierung abstreitet, dass es die Integrationspauschale in der bisherigen Form überhaupt gibt, ist nicht nur ein schlechter Scherz, sondern kostet uns bares Geld.

Damit brechen die CDU und ihr Landesvorsitzender Armin Laschet ein zentrales Wahlkampfversprechen zur Unterstützung der Kommunen. Die Leidtragenden sind die vielen Engagierten vor Ort, die nun auf keine finanzielle Unterstützung mehr zählen können“, so das lippische Landtagstrio.

Kommune	Integrationspauschale in €
Augustdorf	93.467,30 €
Bad Salzuflen	462.829,25 €
Barntrop	75.600,00 €
Blomberg	142.277,69 €
Detmold	586.359,65 €
Dörentrup	75.600,00 €
Extertal	87.718,68 €
Horn-Bad Meinberg	160.752,82 €
Kalletal	127.871,35 €
Lage	253.521,58 €
Leopoldshöhe	141.559,49 €
Lemgo	318.458,95 €
Lügde	94.560,48 €
Oerlinghausen	75.600,00 €
Schieder-Schwalenberg	88.595,64 €
Schlangen	75.600,00 €
Insgesamt:	2.860.372,88 €



Leben und Engagement in den Ortsteilen stärken

Von besonderer Bedeutung ist es, für die Menschen vor Ort, ein Lebensumfeld mit hoher gesellschaftlicher Qualität zu schaffen und weiter zu entwickeln.

Seit Jahrzehnten ist es ein wesentliches Ziel der SPD in Detmold auch das Leben in den 27 Ortsteilen zu stärken. Auch im Detmolder Doppelhaushalt 2020/2021 sollen für dieses Ziel

weitere finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

Kulturelle Veranstaltungen in den Ortsteilen stiften in hohem Maße Identität und das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Die vielseitige und vielfältige Veranstaltungskultur in den Detmolder Ortsteilen möchte die SPD-Ratsfraktion unbedingt unterstützen, stärken und

fördern, auch um ein Gleichgewicht zur Detmolder Innenstadt zu gewährleisten.

Viele Veranstaltungen in den Ortsteilen erfordern oft die persönliche Absicherung von Einzelpersonen. Neben einer direkten finanziellen Unterstützung hat die SPD-Ratsfraktion die Detmolder Verwaltung auch aufgefordert, ein Modell

zu entwickeln, in dem unbürokratisch Veranstaltungen und die damit verbundenen Risiken angezeigt und bei Eintritt des Risikos finanziell abgedeckt werden.

Für die SPD-Fraktion gehört in der heutigen Zeit die kostenlose Versorgung mit Internet an öffentlichen Plätzen zweifelsfrei zu einem lebenswerten und attraktiven Lebensraum. In der Detmolder Innenstadt wurde mit Hilfe des Vereins „Freifunk Detmold“ bereits freies WLAN an allen wesentlichen Stellen realisiert. „Wir wollen dieses Erfolgskonzept weiter ausbauen und auch den Menschen in den Detmolder Ortsteilen den Zugang zu freiem WLAN an wesentlichen öffentlichen Plätzen, den „Zentren des öffentlichen Lebens“ ermöglichen“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schmidt. Daher habe seine Partei diesen Punkt aufgegriffen und mit einem Haushaltsantrag unterlegt.



Demographischem Wandel gerecht werden

Unsere Gesellschaft wird älter, dies gilt auch für Detmold. Schon 2017 betrug der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre in Detmold 21,9 %.

Dies stellt Anforderungen an unsere Stadt, insbesondere an die Qualität und Quantität der Angebote für Seniorinnen und Senioren. Die soziale Teilhabe muss gewährleistet sein. Ausgrenzung infolge von Vereinsamung und Altersarmut muss entgegengetreten werden. Als erste Maßnahme hat die SPD-Rats-

fraktion Mittel für den Haushalt dafür beantragt, dass besser über bestehende Angebote informiert wird, sei es durch Flyer und im Internet.

„Dies kann aber nur ein erster Schritt sein. Wir wollen zukünftig mehr darüber erfahren, wo die Bedürfnisse liegen und was getan werden muss, damit für Seniorinnen und Senioren aller Altersstufen in Detmold ein gutes Altern möglich ist.“ so Corinna Peter-Werner, die Vorsitzende des Ausschusses für Soziale Angelegenheiten.

Weiterer Ausbau von Rad- und Fußwegen

Fußgänger- und fahrradfreundliche Maßnahmen gehören zum „neuen“ Mobilitätskonzept und dem Antrag der Stadt Detmold zur Aufnahme in die „Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundliche Städte“.

Ergänzend zu den bisherigen Planungen hält die SPD einen weiteren Ausbau für erforderlich. Dazu gehören vorrangig

- die Fortsetzung des Fuß- und Radwegs „An der Mosebecke“ bis zur „Blomberger Straße“ im Ortsteil Vahlhausen,
- der Bau eines Fuß- und Radwegs von der „Barntruper Straße“ bis zur Einmündung „Bieser Berg“ in den Ortsteilen Mosebeck/Barkhausen,
- die Fortsetzung des Fuß- und Radwegs von der Kreuzung „Bad Meinberger Straße“/„Blomberger Straße“



Bild: Ratsherr Manfred Stölting (8. von rechts), Fraktionsvorsitzender Harald Matz (7. von rechts) und Ortsbürgermeister von Mosebeck Meikel Schäfer (3. von rechts) mit AnwohnerInnen an der Passadestraße

in Richtung Vahlhausen bis zum Anschluss an den bereits vorhandenen Radweg.

„Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen soll das erhebliche Gefahrenpotenzial für Fußgänger und Radfahrer

gemindert und wesentliche Lücken im Radwegenetz geschlossen werden.“ so Manfred Stölting, Ratsvertreter für die betroffenen Ortsteile. Damit wird die Nahmobilität gefördert und die Verkehrssicherheit erhöht.

Daneben sprechen verkehrsentlastende, klimaschonende und gesundheitsfördernde Gesichtspunkte für eine kurzfristige Realisierung. Die Ratsfraktion hat daher beantragt, 2020 Geld für die Planung dieser Maßnahmen in den Haushalt einzustellen.

Straßenausbaubeiträge sollen in Detmold gesenkt werden

Die SPD hat im Landtag einen Gesetzentwurf zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen vorgelegt. Danach soll die Erhebung von Beiträgen für den Um- und Ausbau von kommunalen Straßen künftig entfallen. Grundstückseigentümer sollen an den entstehenden Kosten nicht mehr beteiligt werden.

Die Landesregierung aus CDU/FDP will die Straßenausbaubeiträge nicht abschaffen, sondern lediglich modifizieren. Danach sollen die Kommunen durch ein Förderprogramm des Landes in die Lage versetzt werden, die

Beitragssätze für die betroffenen Anlieger zu reduzieren.

Das ist bei Weitem nicht das was die SPD mit ihrer Initiative im Landtag, auf vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, gewollt hat. Damit aber zumindest diese Teilentlastung zeitnah an die Betroffenen weitergegeben werden kann, hat die SPD-Ratsfraktion im Stadtrat den Antrag eingebracht, die städtischen Beitragssätze unter Inanspruchnahme der in Aussicht gestellten Fördermittel des Landes entsprechend zu reduzieren.



Städtisches Förderprogramm

„naturnahe Maßnahmen in Privatgärten“

Nachdem der Stadtentwicklungsausschuss beschlossen hat, in künftigen Bebauungsplänen sog. „Steingärten“ auszuschließen, möchte die SPD auch Anreize für die Umwandlung solcher bereits vorhandenen Vorgärten schaffen.

Darüber hinaus soll die Anlage von Blühstreifen und Wiesen, sowie die Anpflanzung alter Obstbaumarten gefördert werden. „Mit derartigen kleinen, aber wertvollen Maßnahmen wird die biologische Vielfalt und eine attraktive grüne Stadtentwicklung gefördert.“ so Erhard

Friesenhan, Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung.

Die SPD-Ratsfraktion beantragt daher anlässlich der Haushaltsplanberatungen 2020/2021 ein städtisches Förderprogramm in Höhe von jährlich 25.000 € aufzulegen. Interessierte BürgerInnen können danach maximal 500 € Fördermittel erhalten, die Vergabe dieser Mittel soll nach den Vorstellungen der SPD so unbürokratisch wie möglich erfolgen. Damit könnten 50 Maßnahmen – und mehr – pro Jahr realisiert werden.

Situation obdachloser Menschen verbessern

Detmold ist wie jede Kommune als Ordnungsbehörde verpflichtet, obdachlosen Menschen eine Unterkunft zu bieten. Wir meinen, dass über die reine Unterbringung hinaus mehr Unterstützung notwendig ist, denn obdachlose Menschen befinden sich in einer besonders schwierigen Lebenslage.

Schwierig ist es auch, aus dieser Lage wieder herauszukommen. So wurde festgestellt, dass in unseren Obdachlosenunter-

künften die Aufenthaltsdauer durchschnittlich bei vier Jahren liegt. Zuviel finden wir. Deshalb möchten wir, dass im nächsten Haushalt Mittel für mehr Unterstützung des Einzelnen eingestellt werden, damit zum einen möglichst schnell nach Eintritt der Obdachlosigkeit Hilfsmaßnahmen angeboten werden können, und zum anderen bei länger bestehendem Aufenthalt eine intensive Betreuung eine Rückkehr in die Gesellschaft ermöglicht.



SeniorInnen mit Rollator-Problemen bekommen Unterstützung in Sport-Eichholz

Die demographische Entwicklung schreitet voran. Es gibt immer mehr ältere Menschen in unserer Gesellschaft, und also auch in Detmold. Dadurch entstehen Probleme, an die man als gesunder und mobiler Mensch nicht einmal denkt.

In seinen Ortsteilen hat sich Klaus Brand, Ratsherr von Remmighausen und Ortsbürgermeister von Spork-Eichholz, dem angenommen: Als zunehmend Beschwerden aus dem Wohnbereich „Im Wiesengrund“ aufliefen, dass das Einkufen mit einem Rollator zum Markant-Markt große Probleme machen würde, „kümmerte“ man sich. Die Bordsteinhöhe stellt zwar

für gesunde Menschen kein Hindernis dar, doch bei eingeschränkter Bewegungsfähigkeit ist hier ein nicht zu unterschätzendes Sicherheitsrisiko gegeben.

Nach einem Ortstermin mit Anwohnern wurde als Abhilfe an einigen Stellen eine Absenkung des Bordsteins über ca. 1m Breite vorgeschlagen. Im Frühjahr sollen nun die Bordsteinabsenkungen erfolgen, so dass der Gang zum Einkaufen wesentlich erleichtert werden kann.

Kleine Maßnahme mit großer Wirkung. So geschieht Politik vor Ort. Die zahlreichen bewegungseingeschränkten BewohnerInnen im Viertel wird es freuen.



SPD
DETMOLD

Impressum

SPD-Stadtverband & Fraktion Detmold
Andreas Kuhlmann | Paulinenstr. 39 | 32756 Detmold
www.spd-detmold.de